

10. Jahrgangsstufe

10.1 Das geteilte Deutschland und die Wiedervereinigung

17. Juni 1953	Aufstand von Bürgerinnen und Bürgern in der Deutschen Demokratischen Republik gegen das SED-Regime.
1972	Grundlagenvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. Wesentlicher Inhalt ist die gegenseitige Anerkennung beider Staaten.
9. November 1989	Öffnung der innerdeutschen Grenze, Fall der Mauer.
3. Oktober 1990	Vollzug der Deutschen Einheit durch den Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes, seither als „Tag der Deutschen Einheit“ deutscher Nationalfeiertag.

Planwirtschaft	Typische Wirtschaftsordnung sozialistischer Staaten wie der DDR. Während kapitalistische Wirtschaftssysteme auf die Selbstregulierung der freien Märkte durch Angebot und Nachfrage setzen, wird die Wirtschaft in sozialistischen Systemen vom Staat durch Pläne zentral gelenkt.
„Staatssicherheit“	Der durch das „Ministerium für Staatssicherheit“ (MfS) gesteuerte Geheimdienst der DDR, der auch die eigene Bevölkerung überwachte und dabei als Mittel Einschüchterungen, willkürliche Verhaftungen und Gewalt einsetzte; Kurzbezeichnung: „Stasi“.
Mauerbau	1961 erfolgter Ausbau der bestehenden Grenzbefestigungen zwischen DDR und BRD zu einer undurchdringbaren Grenzanlage durch die DDR-Führung mit dem Ziel, die Abwanderung ihrer Bürgerinnen und Bürger in den Westen zu stoppen.
Soziale Marktwirtschaft	Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland, welche die Vorteile der freien Marktwirtschaft (z. B. wirtschaftliche Leistungsfähigkeit) nutzt und gleichzeitig deren Risiken (z. B. soziale Benachteiligungen) durch sozialpolitische Korrekturen zu vermeiden sucht.
„Gastarbeiter“	Missverständlicher Begriff für Arbeitsmigranten, die ab 1955 aus anderen Ländern (z. B. aus Italien, Spanien und der Türkei) angeworben wurden, um den Arbeitskräftemangel in der westdeutschen Wirtschaft auszugleichen. Trotz der anfänglich vorgesehenen Rückkehr blieben viele dauerhaft in der Bundesrepublik Deutschland.
„68er-Bewegung“	Linksorientierte Protestbewegung v. a. von Studierenden ab den späten 1960er Jahren gegen die damaligen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland, die eine stärkere Bürgerbeteiligung und Modernisierung der Gesellschaft anstieß.
Reformen der sozial-liberalen Koalition	Innenpolitisches Programm der sozial-liberalen Koalition aus SPD und FDP von 1969 bis 1982, das unter dem Leitmotiv „Mehr Demokratie wagen“ eine Reihe von Reformen in Gang setzte, u. a. die Herabsetzung des Wahlalters auf 18 Jahre und eine Stärkung der Rechte von Frauen.

10.2 Chancen und Herausforderungen in einer globalisierten Welt

1963	Deutsch-französischer Freundschaftsvertrag (Élysée-Vertrag).
1992	Gründung der Europäischen Union (Vertrag von Maastricht).
11. September 2001	Anschlag auf das World Trade Center in New York durch islamistische Terroristen.

UNO	„United Nations Organization“/Vereinte Nationen (VN); 1945 in Nachfolge des Völkerbunds gegründete Weltorganisation mit Sitz in New York, der fast alle Staaten angehören; Ziele sind v. a. die Friedenssicherung und die Förderung der internationalen Zusammenarbeit.
europäische Integration	Prozess des Zusammenwachsens der europäischen Staaten mit dem Ziel eines geeinten Europas.
Osterweiterung der EU	Aufnahme von mittel- und osteuropäischen Staaten in die Europäische Union ab 2004.
Globalisierung	Ursprünglich wirtschaftliche Verflechtung und Entstehung globaler Märkte und weltweiter Arbeitsteilung, heute auch ein politisches, gesellschaftliches und kommunikationstechnisches Phänomen.
Terrorismus	Anwendung unvorhersehbarer Gewalt (z. B. Anschläge, Morde und Entführungen) durch extremistische Gruppierungen, um Angst und Schrecken zu verbreiten und politischen Druck auszuüben.